müssen, ist nicht genügend vorgetragen. Insbesondere bestand kein hinreichender Anlass für die Annahme, dass [der Heimbewohner] nach den Säuberungsmaßnahmen nicht demnächst in seinem Bett einschlafen würde. Vor diesen Hintergrund musste im Haus kein weiterer, einem anderen Bewohner zugehöriger Beckengurt entliehen werden. Dies gilt umso mehr, als die Genehmigung des AG Olpe v. 1.12.2011 zu den Bettruhezeiten lediglich den Einsatz eines Bettgitters vorsah und nicht – wie zur (übrigen) Tageszeit – den Einsatz eines Beckengurtes. Es hätte sich auch als unverhältnismäßig dargestellt, wenn die Mitarbeiter der Bekl. entgegen der Gewohnheit des Bewohners und unter Erhöhung der Dekubitusgefahr an diesem Tag die Bettruhe hätten ausfallen lassen, um [dem Heimbewohner] alternativ in einem Rollstuhl mit Vorstecktisch zu fixieren. Auch musste die Bekl. [dem Heimbewohner] während der Bettruhezeit keine Pflegekraft beiseite stellen, um ihn zu überwachen. Eine solche Maßnahme geht über die in Altenheimen üblichen, mit den Pflegekassen abgestimmten Betreuungsschlüssel hinaus und greift auch in die Persönlichkeitsrechte des Betroffenen ein.

Auf die Frage, ob die Bekl. schon im Vorfeld davon ausgehen musste, dass zwei Beckengurte für [den Heimbewohner] nicht ausreichen würden, kommt es nicht an. Allein dass die Mitarbeiter der Bekl. zuvor – trotz fehlender Genehmigung durch das Betreuungsgericht – einen Beckengurt auch zu den Bettruhezeiten eingesetzt haben, führt nicht dazu, dass in dem Weglassen des Beckengurtes oder einer vergleichbaren Sicherung eine objektive Pflichtwidrigkeit der Bekl. bzw. ihrer Mitarbeiter gesehen werden kann.

Vor diesem Hintergrund besteht auch kein deliktischer Anspruch.

Die Berufung konnte nach alledem keinen Erfolg haben.

DOI: 10.1007/s00350-016-4229-x

Anmerkung zu OLG Hamm, Urt. v. 30.9.2015 – I-12 U 197/14 (LG Siegen)

Benedikt van Bömmel

Die Vorinstanz – das LG Siegen – hat die Klage abgewiesen, weil es angenommen hat, dass der Klägerin kein nach § 116 Abs. 1 SGB X übergegangener Schadensersatzanspruch des verletzten Heimbewohners gem. § 280 Abs. 1 BGB bzw. § 831 BGB zusteht. Der Senat hat sich dieser Auffassung angeschlossen, da nach seiner Ansicht die Klägerin weder hinreichend dargelegt noch bewiesen hat, dass die Beklagte eine Pflicht aus dem Heimvertrag verletzt hat.

Das Gericht hatte insoweit die Frage zu beantworten, wie weit die Obhutspflichten des Heimträgers im Spannungsfeld zwischen den Freiheitsrechten der Bewohner und deren Recht auf körperliche Unversehrtheit reichen. Die Besonderheit der zugrunde liegenden Konstellation lag darin, dass es für den betroffenen Bewohner einen Fixierungsbeschluss gab, der alternative Fixierungsmaßnahmen zum Schutz der körperlichen Integrität vorsah, nämlich: „Am Tage Beckengurt, Vorstecktisch o.ä.“, „während der Bettruhezeiten“ hingegen „ein Bettgitter“. Die Beklagte hatte diese Maßnahmen teilweise aber sogar (im Kern über den Fixierungsbeschluss hinausgehend) kumulativ angewendet, sodass neben dem Beckengurt auch gleichzeitig noch das Bettgitter hochgezogen wurde. Zum Zeitpunkt, als es zum Sturz kam, war hingegen nur eine Alternative des Fixierungsbeschlusses

erfüllt, nämlich das hochgezogene Bettgitter. Insoweit hatte das Gericht sich zunächst mit der Frage zu befassen, ob durch die formale Erfüllung des Fixierungsbeschlusses (hochgezogenes Bettgitter, kein zusätzlicher Beckengurt) nicht bereits die Sorgfaltspflichten durch den Heimträger erfüllt waren. Dies hat das OLG im Kern richtigerweise bejaht.

Die Klägerin hingegen hatte die zeitweisen – wenn man so will – „überobligatorischen Maßnahmen“ der Beklagten (kumulative Anwendung der Fixierungsmaßnahmen) zum Anlass genommen, der Beklagten eben gerade diese fehlende kumulative Verwendung zum Zeitpunkt des Sturzes des Heimbewohners zum Vorwurf zu machen. Dieser Auffassung hat sowohl das LG Siegen als auch letztlich das OLG Hamm eine klare Absage erteilt. Man könnte es insoweit auf den Punkt bringen, dass hier durch die fehlende kumulative Verwendung der Fixierungsmaßnahmen möglicherweise ein „subjektiver Pflichtenverstoß“ des beklagten Heimträgers vorliegt, weil er durch die zeitweise kumulative Verwendung der Maßnahmen deren Notwendigkeit zu erkennen gegeben hat. Keinesfalls aber ist eine vorwerfbare „objektive Pflichtverletzung“ des Heimträgers gegeben, denn er hat zum Zeitpunkt des Sturzes seine Maßnahmen auf das objektiv notwendige Maß zurückgefahren. Das LG Siegen hatte insoweit noch thematisiert, ob der Heimträger möglicherweise auf die Angehörigen des Bewohners hätte einwirken sollen, einen weitergehenden Fixierungsbeschluss zu erwirken. Eine Sorgfaltspflichtverletzung hat aber richtigerweise weder das LG noch das OLG aus diesem Gesichtspunkt abgeleitet. Denn die vorab getroffenen Entscheidungen (es ist vorher nie zu einem Sturz gekommen) können – so stellen es die Gerichte zutreffend fest – nicht im Nachhinein mit dem Stempel der Pflichtwidrigkeit versehen werden. Täte man dies, würde dies den Sorgfaltsmaßstab der Heimträger zu Unrecht über das objektiv Leistbare steigern.

Grundlegend ist die Entscheidung des OLG Hamm weitergehend dahin, dass klargestellt wird, dass von einem Heimträger nicht erwartet werden kann, dass der Heimbewohner ständig überwacht wird. Hier arbeitet das OLG Hamm zu Recht heraus, dass eine solche permanente Überwachung den mit den Pflegekassen abgestimmten Betreuungsschlüssel übersteigen würde und sogar in das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen eingreifen würde. Auch das Vorhalten einer nach oben hin gewissermaßen offenen Anzahl von Beckengurten kann von den Pflegeheimen nach der in Rede stehenden Rechtsprechung nicht erwartet werden. Auch insoweit nimmt sowohl das LG Siegen als auch das OLG Hamm ganz deutlich den Maßstab des „wirtschaftlich Vertretbaren“ ins Auge. Gerade im Hinblick auf den politischen Wunsch, Pflegeheime als alltäglichen Lebensraum zu gestalten (viele der Heime geben sich bereits begrifflich die Bezeichnung „Seniorenhaus“ statt „Seniorenheim“), wird man den Heimträgern nicht abverlangen dürfen, das allgemeine Lebensrisiko durch permanente Überwachung bis zum maximal Denkbaren zu minimieren.

Weiterhin hat sich das OLG Hamm auch intensiv mit den Fragen der Darlegungs- und Beweislast für eine Pflichtverletzung auseinandergesetzt. Es hat insbesondere herausgearbeitet, dass die Tatsache des Sturzes eines Bewohners in einem Heim für Beweiserleichterungen oder eine Beweislastumkehr nicht reicht. Eine solche Beweislastumkehr kann – auch in diesem Punkt ist dem OLG Hamm zu folgen – erst dann angenommen werden, wenn der Bewohner sich in einer konkreten Gefahrensituation befindet, die in den voll beherrschbaren Gefahrenbereich des Pflegeheimträgers fällt und dadurch gesteigerte Sorgfaltspflichten auslöst. Diese Anforderungen werden für eine Vielzahl von Stürzen kaum erreicht werden, sondern sind in der Tat im Kern wohl beschränkt auf Transportmaßnahmen in Krankenhäusern oder Pflegeheimen sowie bspw. einen begleiteten Toilettengang.

Rechtsanwalt Dr. iur. Benedikt van Bömmel,
Fachanwalt für Arbeitsrecht,
Rechtsanwälte Dr. Heller, Epe und Partner,
Postfach 15 30, 57445 Olpe, Deutschland